

## THEMA: GEBIET RUND UM DAS BÜRGER-BÜSING-HAUS

## „Dann können wir es gleich lassen“

Zu „Bürgerversammlung kommt“ in der Ausgabe vom 29. Oktober. Wir berichteten über die Stadtratssitzung in Kaiserslautern, bei der eine Mehrheit der Aufstellung eines Bebauungsplans für das Gebiet rund um das Bürger-Büsing-Haus auf den Erzhütten zustimmte.

Am Dienstag wurde von der hitzigen Debatte im Stadtrat um das geplante Baugebiet auf der Erzhütte berichtet. Dabei sind mir besonders die zitierten, recht markigen Bemerkungen unseres Oberbürgermeisters, Herrn Weichel, aufgefallen. Angesichts der Bürgerinitiative für den Erhalt des Hütterer Waldes weist er darauf hin, dass auch für den Bauplatz des „Vorsitzenden der Bürgerinitiative“ Wald gerodet worden sei. Nun hat die Bürgerinitiative bisher gar keinen Vorsitzenden. Vor allem aber könnte man mit diesem Domino-Argument den ganzen Pfälzer Wald abholzen: Jede Rodung rechtfertigt die nächste. Oder geht es nur darum, jemanden persönlich anzugreifen, der anderer Meinung ist, also gar nicht um die Sache selbst?

Die zweite Bemerkung wird als „Machtwort“ zum Vorschlag von Tobias Wiesemann, das Baugebiet zu verkleinern, bezeichnet. Klaus Weichels Kommentar, dann könnte man es „gleich lassen“ deutet an, dass er jeden Vorschlag, der darauf abzielt, weniger Waldfläche zu roden, von vornherein für undurchführbar hält. Dabei geht es in den Diskussionen um dieses Bauvorhaben vor allem um diese Alternative, um eine „kleine Lösung“.

Ein „Machtwort“ ist kein Argument. In Zeiten der Klimakrise braucht man aber gute Argumente, um die Rodung eines gesunden Mischwaldes zu rechtfertigen. Eine tatsächliche Alternativlosigkeit müsste mit Fakten und Argumenten, die sich auch auf mögliche Alternativkonzepte beziehen, erst einmal gezeigt werden. Auf die sind wir auf der beschlossenen Bürgerversammlung jetzt dementsprechend gespannt. Für diese Veranstaltung gebührt der Stadt der ehrliche Dank.

Rolf Scheipers, Kaiserslautern



Thema auf den Erzhütten: das Gelände rund um das Bürger-Büsing-Haus.

FOTO: VIEW

## „Walderhalt im Vordergrund“

„Kein einziger Baum darf für die Erschließung eines Baugebietes außerhalb des Bürger-Büsing-Geländes gefällt werden! Die Planung ist aus Gründen des Naturschutzes auf das bestehende Bürger-Büsing-Areal zu begrenzen!“ So und nicht anders hätte die wünschenswerte Aussage des Verwaltungschefs während der Informationsveranstaltung zum bevorstehenden Zuzug von Flüchtlingen in die „Baracke“ Bürger-Büsing-Haus am 13. Mai 2015 im protestantischen Pfarrheim lauten müssen. Denn: die Bebauungsmöglichkeiten außerhalb des BüBü-Geländes liegen zwar aktuell nicht im mit Rechtsverordnung vom 15. März 1980 festgesetzten Landschaftsschutzgebiet (LSG) Kaiserslauterer Reichswald. In diesem ausgegrenzten Bereich zwischen Friedhof, Mühlbergstraße und Hahnbrunnerstraße hat sich jedoch seit Ausweisung des LSG ein gesunder und ökologisch wertvoller Mischwald entwickelt, dessen Abholzung mit nichts zu rechtfertigen ist. Es darf nicht über „Bauen im Außenbereich“ nachgedacht werden, sondern der Wald- und Naturerhalt muss im Vordergrund stehen. CO<sub>2</sub>-Speicherung

und Grundwasserschutz sind die Herausforderungen im Jetzt und in der Zukunft, nicht neue Baugebiete im Grünen, verbunden mit Abholzungen, Bodenverdichtung und noch mehr Autos der SUV-Generation. Eine Erschließung in diesem Wurmfortsatz der Erzhütten mit Zufahrtsstraßen, Ver- und Entsorgungsinfrastruktur erfordert eindeutig mehr Flächenverbrauch als es sich dem Betrachter auf einem Plan zeigt.

Die Belastungsgrenzen des 734 Hektar umfassenden LSG Kaiserslauterer Reichswaldes sind 40 Jahre nach dessen Festsetzung überschritten, die Rechtsverordnung wurde ausgehöhlt. Die gestiegenen Verkehrsemissionen im Westen infolge höheren Verkehrsaufkommens durch die „Opelstraße“, im Süden durch die Autobahn und das Gewerbegebiet Merkurstraße sowie im Osten die Lauterstraße, sind allorten rund um die Uhr hör- und spürbar, durchschnitten wird das Gebiet von Süden nach Norden durch die stark frequentierte Verbindungsstraße nach Erfenbach. Von den Lärmemissionen der ab- und anfliegenden Flugzeuge vom Flugplatz Ramstein ganz zu schweigen. Das LSG schreit förmlich nach Aktualisierung, sowohl der Grenzen als auch der Rechtsverordnung, und zwar unter Einbeziehung des zur Abholzung angedachten

Waldstücks. Die Befürworter einer Erweiterung des Baugebietes rund um das Bü-Bü-Areal sollten diesen Gesamtaspekt am Rande ihres Urteils nicht außer Acht lassen, auch wenn es die politische Gesandtschaft erwartet. Ich frage mich, welche Verbesserung durch ein Baugebiet erwirkt werden kann, wenn dafür gesunder Wald zugunsten von Straßen und Häusern fallen muss? Hat man die Zeichen der Zeit immer noch nicht verstanden?

Der Wortlaut des Oberbürgermeisters in der eingangs erwähnten Informationsveranstaltung hörte sich indes ganz anders an und lautete ungefähr so, dass nach Auflösung des Asylbewerberheims das Anwesen in die Hände der Stiftung „Städtisches Bürgerhospital Kaiserslautern“ fiel, in der er kraft Amtes entscheiden könne, was mit dem Gelände und dem Gebäude geschehen soll.

Er drückte sich wohl so aus, dass das Ziel wäre, die Baulichkeit abzureißen, das Areal neu zu erschließen und in städtischer Hand als Erbpacht zu vermarkten. Es liegt die Vermutung nahe, dass er aus wirtschaftlichen Gründen gedanklich schon einen größeren Plan in der Tasche hatte. Die Stadt braucht Einnahmen. Das ist der einzige Grund.

Wolfgang Müller, Kaiserslautern

## KAUGUMMIFÄNGER

## „Wer verantwortlich für Schnapsidee?“

Zu „Die meisten sind zu faul“ in der Ausgabe vom 31. Oktober. Wir berichteten über die drei Kaugummifänger in der Stadt, mit denen die Stadtbildpflege der zunehmenden Kaugummiverschmutzung auf Gehwegen und Straßen entgegenwirken will.

Schmerz lass nach. Die Stadt stellt im Stadtgebiet drei Kaugummifänger auf. Wer ist denn für so eine Schnapsidee verantwortlich? Über das Stadtgebiet verteilt und an jeder Bushaltestelle gibt es bereits jede Menge Abfallbehälter. Also theoretisch genügend Möglichkeiten, seinen Kaugummi (und auch sonstigen Müll) ordnungsgerecht zu entsorgen. Leider ist es nun mal so, dass es in der Bevölkerung nicht nur aufmerksame und vernünftige Menschen mit genügend Verstand gibt, sondern leider auch viel zu viele und immer mehr werdende dumme, primitive und stumpfsinnige Zeitgenossen gibt, die über null Einsicht in Sachen umweltbewusstes Handeln verfügen. Warum ist jede Haltestelle übersät mit Zigarettenkippen, obwohl eine Armlänge reicht, um die Kippe am Mülleimer auszudrücken und einzuwerfen? Gleiches gilt auch für Kaugummi.

Was geht in einem Hirn vor, wenn ein Mensch seinen Müll einfach wegwirft? Fühlen die sich cool dabei? Und woher kommt das? Letzteres müssen sich die Repräsentanten unserer Gesellschaft fragen. Es ist unstrittig, dass es zu einer zunehmenden Verrohung der Umgangsformen kommt. Deshalb bedarf es erzieherischer Maßnahmen, Vorbilder und sozialer Ächtung. Wer seinen Kaugummi, seine Kippe oder sonst was wegwirft, muss damit konfrontiert werden. Der vernunftbegabte Teil der Bevölkerung muss einen gesellschaftlichen Druck aufbauen, dass es den Umweltignoranten peinlich ist und sie sich für ihr Verhalten schämen. Dazu müssen aber die Erzieher, die Schulen und die Politik an einem Strang ziehen.

Zurück zum Kaugummifänger. Werte Verantwortliche der Stadt. Lasst diese Lachnummer sein. Kostet nur Geld. Und macht die Verschuldung noch höher.

Helmut Adelmann, Kaiserslautern